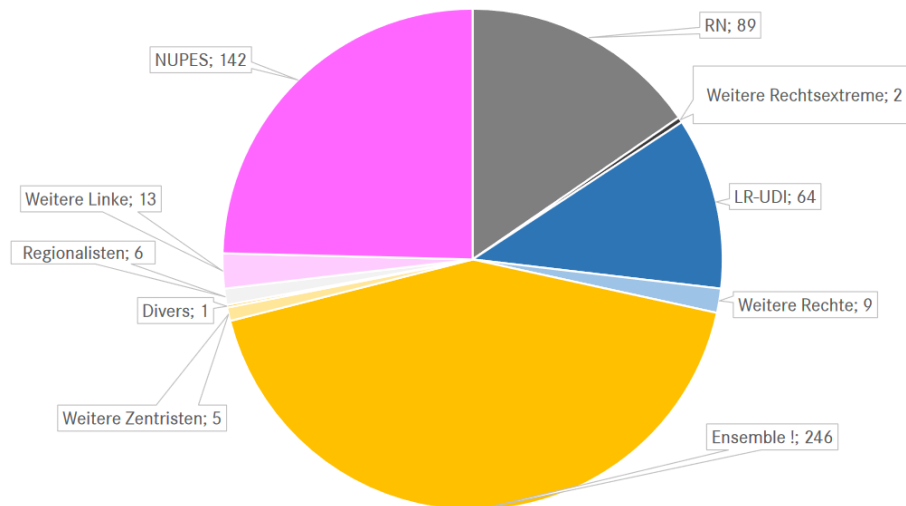


# Zusammensetzung der neu gewählten Assemblée Nationale

(20. Juni 2022)

Am 19. Juni 2022 wurden im zweiten Wahlgang die noch nicht feststehenden Mandate für die 16. Legislaturperiode der **Assemblée Nationale (AN)** vergeben. Die Wahlbeteiligung lag dabei mit 46,23 % noch unter der des ersten Wahlgangs (47,51 %), aber über dem Tiefstand von 42,64 % des zweiten Wahlgangs der Parlamentswahlen 2017.



Quelle: Eigene Grafik unter Verwendung der Zahlen, die von der Tageszeitung Le Monde unter <https://www.lemonde.fr/resultats-elections/> angegeben werden. Das Innenministerium weist aus formalen Gründen für die NUPES-Gruppe 11 Mandate weniger aus.

Das Parteienbündnis **Ensemble pour la majorité présidentielle**, bestehend aus **La République en Marche (LREM)** von Präsident Emmanuel Macron, dem **Mouvement démocrate (MoDem)**, **Horizons** des früheren Premierministers Edouard Philippe und weiteren Partnern hat dabei deutlich sein Ziel verfehlt, gemeinsam eine absolute Mehrheit zu erreichen. Mit 246 von 577 Sitzen verfügt es im neu gewählten Parlament aber über eine relative Mehrheit. Elisabeth Borne, die erst am 16. Mai zur neuen Premierministerin ernannt wurde, hat ihren Wahlkreis im Département Calvados knapp gewonnen, kann also im Amt bleiben. Ob Präsident Emmanuel Macron als Reaktion auf das Wahlergebnis eine neue Premierministerin oder einen neuen Premierminister einsetzen wird, bleibt abzuwarten. Die Regierung muss von nun aber auf jeden Fall mit Oppositionsfraktionen zusammenarbeiten, um Gesetzesänderungen und Reformen durch die **AN** zu bringen, was ihre Arbeit sehr erschweren wird.

Kompromisse scheinen dabei v.a. mit der Fraktion möglich, die die 64 Abgeordneten der gemäßigt rechten Parteien **Les Républicains (LR)** und **Union des démocrates et indépendants (UDI)** gemeinsam bilden werden. Das von Ensemble-Vertretern vorgebrachte Ansinnen, die parlamentarische Zusammenarbeit über eine Art Koalitionsvertrag zu regeln, wurde von führenden LR-Vertretern allerdings zurückgewiesen, da sie befürchten, so als Teil des Regierungslagers wahrgenommen zu werden und weiter an politischer Sichtbarkeit einzubüßen (gegenüber 2017 hat die Fraktion 67 Mitglieder verloren).

Der **Nouvelle Union populaire écologique et sociale (NUPES)**, zu der sich auf Initiative des linkspopulistischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon die **Parti socialiste (PS)**, die **Parti communiste (PCF)**, **Europe Écologie-Les Verts (EELV)** und Mélenchons eigene Partei **La France Insoumise (LFI)** Anfang Mai zusammengeschlossen haben, ist es nicht gelungen, die angestrebte absolute Mehrheit in der **AN** zu erreichen. Mit 142 Abgeordneten könnte **NUPES** in der neuen Legislaturperiode aber die größte Oppositionsfraktion bilden. Ihr ursprüngliches Vorhaben, diese in vier Unterfraktionen entsprechend der vier Bündnispartner aufzuteilen, wird sie wegen der Unvereinbarkeit mit den bestehenden parlamentarischen Bestimmungen wohl nicht umsetzen können. Jean-Luc Mélenchon hat seinen Partnern deshalb vorgeschlagen in einer gemeinsamen parlamentarischen Gruppe zusammenzuarbeiten, was **EELV**, **PS** und **PCF** umgehend zurückgewiesen haben.

Die eigenen Erwartungen deutlich übertroffen hat der **Rassemblement national (RN)**, dessen Kandidaten in 89 Wahlkreisen gewonnen haben. Damit erzielt der RN sein bestes Ergebnis bei einer Parlamentswahl seit der Parteigründung 1972 und kann erstmals seit 1986 eine eigene Fraktion bilden. Zu diesem Erfolg hat vermutlich auch beigetragen, dass weder das Regierungslager noch **NUPES** eindeutig dazu aufgerufen haben, im zweiten Wahlgang für den jeweiligen Gegner eines RN-Kandidaten zu stimmen. Die mit diesen Mandaten verbundenen öffentlichen Zuwendungen werden der Partei auch erlauben, ihre hohen Schulden, die sie u.a. für den Präsidentschaftswahlkampf 2022 aufgenommen hat, zurückzuzahlen.

**Parteiübergreifend** wurden 275 der Abgeordneten wiedergewählt, 302 Abgeordnete ziehen erstmals in die **AN** ein und damit 132 Neuparlamentarier weniger als 2017. Künftig werden **215 Frauen** die Interessen des Volkes vertreten, ihr Anteil sinkt von bisher 38,8 % auf 37,3 %.